Interpellation Hartmann-Flawil / Lemmenmeier-St.Gallen (28 Mitunterzeichnende)
vom 19. Februar 2018

Instrumente der Informationspolitik der St.Galler Gemeinden

Schriftliche Antwort der Regierung vom 27. März 2018

Peter Hartmann-Flawil und Max Lemmenmeier-St.Gallen weisen in ihrer Interpellation vom 19. Februar 2018 darauf hin, dass viele Gemeinden in den letzten Jahren ihre Informationspolitik gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern ausgebaut hätten. Die Gemeinden suchten neue Formen, der Pflicht zur amtlichen Publikation nachzukommen, und verknüpften dies mit der Information der Einwohnerinnen und Einwohner über Projekte und Entscheide. Damit entzögen sie einerseits den lokalen Printmedien Einnahmen aus Inseraten für amtliche Publikationen und eroberten sich andererseits die Hoheit über die Information und Deutung ihrer eigenen Entscheide gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern. Aus demokratiepolitischer Sicht seien Fragezeichen zu setzen. So seien die Gemeindeblätter in der Regel nicht als Diskussionsforum für die Bevölkerung ausgestaltet, sondern gäben ausschliesslich die Sicht der Behörde wieder. In vielen Fällen könne man von «einseitigen staatlichen Organen» sprechen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Nach Art. 5 Abs. 2 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2; abgekürzt GG) bestimmt der Rat als Publikationsorgan eine oder mehrere Zeitungen oder ein Mitteilungsblatt, das allen Haushalten zugestellt wird. Er kann amtliche Bekanntmachungen zusätzlich im Internet veröffentlichen. Derzeit wird im Kantonsrat der Entwurf der Regierung zum Publikationsgesetz (22.18.01) behandelt. Darin ist in Art. 26 vorgesehen, dass als Publikationsorgan auch die Publikationsplattform des Kantons gewählt werden kann, über die das Amtsblatt veröffentlicht wird.

Sowohl gemäss heute geltender Regelung als auch gemäss dem Entwurf der Regierung zum Publikationsgesetz fällt die Wahl des Publikationsorgans in die Kompetenz des Rates einer Gemeinde. Dabei ist ausdrücklich vorgesehen, dass auch Mitteilungsblätter als Publikationsorgan möglich sind.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Wahl des Publikationsorgans der Gemeinde obliegt dem Rat. Der Kanton führt keine Statistik, welche Gemeinden sich für ein Mitteilungsblatt als Publikationsorgan entschieden haben.
2. Die Aufwendungen für Mitteilungsblätter der Gemeinden sind gemäss Vorgaben der Rechnungslegung unter dem Rechnungsabschnitt «Allgemeine Verwaltung» auszuweisen. Darin enthalten sind jedoch auch andere Tätigkeiten der Gemeinde, wie z.B. das Bau-, das Einwohner- oder das Sozialamt. Der Detaillierungsgrad der Gemeindefinanzstatistik lässt damit keine Rückschlüsse auf einzelne Tätigkeiten der «Allgemeinen Verwaltung» zu.
3. Es obliegt den Gemeinden, Personen für die professionelle Information der Einwohnerinnen und Einwohner zu beschäftigen oder entsprechende Aufträge an Dritte zu vergeben. Eine entsprechende Übersicht ist nicht verfügbar.

4. Dem Kanton stehen keine Informationen zur Verfügung, ob und gegebenenfalls welche Mitteilungsblätter der Gemeinden Zuschriften von Einwohnerinnen und Einwohnern veröffentlichen.
5. Gemeindeblätter übernehmen Informationsaufgaben, die früher durch lokale Medienerzeugnisse abgedeckt wurden. Diese wurden in jüngster Vergangenheit aus finanziellen Gründen entweder ganz eingestellt oder die lokale Berichterstattung wurde im Rahmen der Zusammenführung zu Mantelzeitungssystemen reduziert bzw. neu ausgerichtet. Direkte Konkurrenzverhältnisse zwischen Lokalzeitungen bestehen zudem kaum mehr, so dass der Wettbewerbsdruck zu einer möglichst vollständigen Abdeckung lokaler Geschehnisse ebenfalls meist entfällt. Der Rückgang der Medienvielfalt hat sich also auf die Möglichkeit der Informationsverbreitung der Gemeinden besonders negativ ausgewirkt. Insofern ist das Ansinnen, Informationen über die Gemeindepolitik auf anderem Weg an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen, nachvollziehbar und aus demokratiepolitischen Überlegungen wichtig. Nur informierte Bürgerinnen und Bürger können ihre demokratischen Rechte wahrnehmen.
6. Die Regierung erachtet eine gesetzliche Einschränkung der Gemeindeautonomie in Bezug auf die Inhalte von kommunalen Mitteilungsblättern nicht als erforderlich. Die Gemeinden sind in Bezug auf öffentliche Mitteilungen und Stellungnahmen der Behörden aufgrund der allgemeinen Rechtsgrundsätze (namentlich Art. 8 Abs. 3 der Kantonsverfassung [sGS 111.1]) zu einer sachlichen, nicht aber zwingend zu einer neutralen Berichterstattung verpflichtet. Weitere Vorgaben ergeben sich aus der bundesgerichtlichen Rechtsprechung¹ in Bezug auf Abstimmungserläuterungen und Stellungnahmen der Behörden im Rahmen von Abstimmungen. Darüberhinausgehende gesetzliche Vorgaben durch den Kanton erscheinen nicht als angezeigt.

¹ Vgl. insbesondere BGE 143 I 82 Erw. 4.4.